

Informationen zum Datenschutz für Anleihegläubiger und Bevollmächtigte

Seit dem 25. Mai 2018 gilt europaweit die Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, „**DSGVO**“). Der Schutz der personenbezogenen Daten der Anleihegläubiger und deren rechtskonforme Verarbeitung haben für die Emittentin einen hohen Stellenwert. Daher finden Sie nachfolgend die gemäß der DSGVO erforderlichen Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit Ihrer Eigenschaft als Anleihegläubiger und Bevollmächtigte auf der Gläubigerversammlung.

I. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlicher ist die

VEDES AG
Beuthener Straße 43
90471 Nürnberg
Telefon: +49 (0)911 6556 0
Telefax: +49 (0)911 6556 251
E-Mail: info@vedes.com

II. Wie erreiche ich den Datenschutzbeauftragten der VEDES AG?

Thomas Heubeck
Telefon: +49 (0)911 6556 293
Telefax: +49 (0)911 6556 6293
E-Mail: heubeck@vedes.com

III. Welche Rechte habe ich, wenn meine personenbezogenen Daten verarbeitet werden?

Sofern Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, sind Sie Betroffener im Sinne der DSGVO und es stehen Ihnen Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu. Nachfolgend erläutern wir Ihnen den wesentlichen Inhalt der wichtigsten Regelungen. Einen umfassenderen Überblick über Ihre Rechte erhalten Sie, wenn Sie insbesondere die Art. 7, 15 bis 22 und 77 bis 80 der DSGVO lesen. Die Datenschutzgrundverordnung ist in allen Amtssprachen der Europäischen Union auf der folgenden Website verfügbar:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679>

1. Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde.

Um Ihr Recht auf unentgeltliche Auskunft auszuüben wenden Sie sich bitte direkt an uns über die unter Abschnitt I. genannten Kontaktdaten oder nehmen Sie Kontakt zu unserem dort benannten Datenschutzbeauftragten auf.

2. Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten, Art. 16 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, Art. 18 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

(1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;

(2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;

(3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder

(4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

4. Recht auf Löschung von personenbezogenen Daten, Art. 17 DSGVO

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Löschung von Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen, wenn diese für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Im Übrigen besteht ebenfalls eine Löschpflicht in folgenden Fällen:

(1) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) oder Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

(2) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.

(3) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.

(4) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

(5) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

(1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;

(2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

(3) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das Recht auf Löschung voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder

(4) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung, Art. 19 DSGVO

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

(1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO beruht und

(2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

7. Widerspruchsrecht, Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. f)

DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, Art. 77 DSGVO

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die für uns zuständige Datenschutzbehörde ist

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfd)

Hausanschrift:

Wagmüllerstraße 18

80538 München

Postanschrift:

Postfach 22 12 19

80502 München

weitere Informationen im Internet unter <https://www.datenschutz-bayern.de/>

IV. Welche personenbezogenen Daten werden erfasst und verarbeitet?

Im Rahmen der Verwaltung der Anleihe und der anstehenden Stimmabgabe verarbeitet die Emittentin folgende Datenkategorien von Anleihegläubigern: Kontaktdaten, Anzahl der von den Anleihegläubigern gehaltenen Schuldverschreibungen, Informationen zu dem depotführenden Institut; ggf. Daten zu einem von einem Anleihegläubiger benannten Vertreter.

Die Emittentin verarbeitet diese Daten ausschließlich, um die Verträge über die Schuldverschreibung zu erfüllen (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO) und um gesetzliche Pflichten (z. B. aus dem Schuldverschreibungsgesetz) zu erfüllen.

Die Emittentin speichert diese Daten, solange dies durch gesetzliche Vorschriften (aus dem Steuerrecht und Schuldverschreibungsgesetz) vorgegeben ist.

Die vorgenannten Daten werden an Herrn Notar Stefan Weinmann und ggf. an weitere Dienstleister, Rechtsanwälte und Steuerberater weitergeleitet, welche die Emittentin bei der Organisation der anstehenden Stimmabgabe unterstützen.

Wenn Anleihegläubiger die Gläubigerversammlung online verfolgen, werden zusätzliche personenbezogene Daten in sogenannten „Logfiles“ verarbeitet, um die online-Übertragung nur an angemeldete Anleihegläubiger technisch zu ermöglichen. Dies betrifft z.B. die IP-Adresse, den von den jeweiligen Anleihegläubigern verwendeten Webbrowser sowie Datum und Uhrzeit des Aufrufs. Diese Daten werden nach der Durchführung der Gläubigerversammlung gelöscht. Die Emittentin verwendet diese Daten zu keinen anderen Zwecken als hier angegeben.

V. Wie lange werden die personenbezogenen Daten von Anleihegläubigern und Bevollmächtigten gespeichert?

Alle personenbezogenen Daten, die im Zusammenhang mit Ihrer Eigenschaft als Anleihegläubiger oder Bevollmächtigter von uns verarbeitet werden, können von uns gespeichert werden. Soweit

personenbezogene Daten zur Dokumentation der gefassten Gremienbeschlüsse erhoben und verarbeitet werden, erfolgt keine Löschung, da das Unternehmen jederzeit in der Lage sein muss, auch in der Vergangenheit gefasste Beschlüsse auf ihre Ordnungsmäßigkeit überprüfen und diese nachweisen zu können; insoweit basiert die dauerhafte Archivierung einem berechtigten

Interesse des Unternehmens im Sinne von Art. 6 Abs. 1 lit. f) DS-GVO.

Im Übrigen werden die Daten nach Entfallen des jeweiligen Zwecks gelöscht sofern nicht gesetzliche Aufbewahrungspflichten (aus aktien-, handels-, zivil- oder steuerrechtlichen Vorschriften) entgegenstehen.

VI. Sind von Anleihegläubiger und Bevollmächtigten verpflichtet, die personenbezogene Daten bereitzustellen oder ist dies für einen Vertragsschluss erforderlich?

Anleihegläubiger und Bevollmächtigte sind grundsätzlich nicht verpflichtet, uns die unter Ziff. III. genannten personenbezogenen Daten bereitzustellen. Wenn Sie sich dazu entscheiden, uns Ihre personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Gläubigerversammlungen, deren Dokumentation oder der Aufstellung und Publikation des Teilnehmerverzeichnisses nicht bereitzustellen, kann dies möglicherweise Konsequenzen für Ihre Teilnahme- und / oder Ihr Stimmrecht haben. Des Weiteren können Sie verpflichtet sein, uns Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen, wenn wir gesetzliche Melde-, Publikations- oder Aufbewahrungspflichten erfüllen müssen. In diesem Fall können mit einer Nichtbereitstellung rechtliche Nachteile verbunden sein.